

akl

ANTIKAPITALISTISCHE LINKE

Für eine kämpferische Kommunal- politik



Eine andere Kommune ist möglich!

WWW.ANTIKAPITALISTISCHE-LINKE.DE

Impressum:

V.i.S.d.P.: Inge Höger, Kleine Alexanderstraße 28, 10178 Berlin

Layout: Sebastian Rave, www.sebastianrave.de

Bilder: DIE LINKE (Titel, S. 4); strassenstriche.net (S. 14)

Inhalt

Erklärung des AKL-Bundessprecher*innen-Rates nach dem Bielefelder LINKE-Parteitag, 9. Juli 20154

Für eine kämpferische Kommunalpolitik..... 7

Präambel..... 7

Sparpolitik stoppen – Sachzwänge nicht akzeptieren..... 11

Unsere Essentials linker Kommunalpolitik..... 13

Für eine finanzielle Besserstellung der Kommunen 18

Wir warten nicht ab: Kämpfe anstoßen – Selbstorganisation fördern 20

Rede von Claus Ludwig auf dem Bielefelder LINKE-Bundesparteitag zur Kommunalpolitik.....22

Erklärung des AKL-Bundes- sprecher*innen-Rates nach dem Bielefelder LINKE-Partei- tag, 9. Juli 2015:

Natürlich war die Debatte viel zu kurz angesichts der Bedeutung der Kommunalpolitik für die Partei. Dass der Antrag der BAG Kommunalpolitik angenommen wurde, ist leider nicht verwunderlich, aber politisch ein echtes Desaster.

Wir haben schon in unserem Bericht zum Hamburger Parteitag, zu dem bereits die auch für den Bielefelder Parteitag stimmberechtigten Delegierten gewählt wurden, darauf hingewiesen, dass mittlerweile die Mehrheit der Delegierten auf LINKE-Parteitagen persönlich als

MandatsträgerIn, als FraktionsmitarbeiterIn oder als ParteiangestellteR von der parlamentarischen Arbeit, in erster Linie der Arbeit in kommunalen Parlamenten, betroffen ist. Eine Debatte über Kommunalpolitik ist deshalb für die meisten der ParteitagsteilnehmerInnen ein gutes Stück Selbstrechtfertigung oder im besten Fall Selbsterfahrung.



Parteitag der LINKEN in Bielefeld, 6.-7. Juni 2015

Die zentrale Kritik der AKL, die Partei DIE LINKE würde die überaus wichtige kommunale politische Arbeit leider durch die Bank mit der Arbeit in kommunalen Parlamenten verwechseln, traf deshalb auf deutliche Selbstverteidigungsreflexe. Dadurch wird die Kritik allerdings nicht falsch.

Es ist sehr bedauerlich, dass der Parteitag jetzt „Leitlinien zur Kommunalpolitik“ angenommen hat, die es fertig bringen, nicht ein einziges selbstkritisches oder etwas über den Tellerrand des Systems hinaus weisendes Wort zu verlieren. Wir erinnern deshalb nur an ein paar Fakten, die auf diese Weise ausgeblendet werden:

- Bei den Wahlen zu kommunalen Parlamenten nehmen mittlerweile noch etwa vierzig Prozent der Wahlberechtigten teil, oft noch sehr viel weniger. Keine einzige Stadtregierung, kein Kreistag kann von sich behaupten, dort würden die Mehrheitsinteressen der BürgerInnen wiedergespiegelt. Zwei Drittel der Wahlberechtigten hat für sich die Schlussfolgerung gezogen, die Kommunalparlamente – eingezwängt in absoluter Unterfinanzierung, Allmacht der Verwaltungen und politischer Vormundschaft von Landes-, Bundes- und Europapolitik – haben null Einfluss und sind zu ignorieren. Das deckt sich mit einer Selbsteinschätzung von 85 Prozent der kommunalen ParlamentarierInnen, die vor zwei Jahren in einer großen „Parlamentarier-Befragung“ einbezogen waren. Es wäre doch eine kleine Begründung wert, warum die LINKE trotz dieser Tatsachen 80-90 Prozent ihrer kommunalen Aktivitäten in solche parlamentarische Arbeit steckt, die zudem noch fast die gesamte Kraft eines großen Teils der Mitglieder im Kreisverband bindet und die dann für außerparlamentarische Aktivitäten kaum noch zur Verfügung stehen.
- Die LINKE hat viele kommunale Parlamentssitze und Fraktionen gewonnen. Sie hat aber auch erschreckend viele solche Sitze und Fraktionen durch Selbsterlegung wieder verloren. Die Gründe dafür sind meistens Anlass zum Fremdschämen: persönliche Intrigen, Streit um Pöstchen, Streit um Geld. Selten, fast nie, spielen dabei für Außenstehende nachvollziehbare politische Gründe eine Rolle. Hunderte von Kreisverbänden wurden dadurch gelähmt und zer-

stört. Nicht eine einzige Zeile widmet der Beschluss des Parteitag diesen verheerenden Ergebnissen einer falschen kommunalen Politik auf Kreisebene.

- Linke Parteien in Deutschland und in vergleichbaren kapitalistischen Ländern haben ungefähr seit Ende des 19. Jahrhunderts eine unglaublich große Fülle an politischen Erfahrungen in kommunaler politischer Arbeit und in kommunalen Parlamenten gesammelt. Sie haben immer konkrete Formen und Inhalte, sind in ihren Grundstrukturen aber auch immer sehr ähnlich mit denen der LINKEN in Deutschland 2015. Es sind die Fragen der Grenzen solcher parlamentarischen Arbeit, der Gefahren der Stellvertreterpolitik und des Versumpfens in Scheinangeboten zur Partizipation, die von der kapitalistischen Gesellschaft nicht zuletzt zur Befriedung linker Opposition entwickelt werden.

Es gibt viele Lehren, die daraus in über hundert Jahren von linken Parteien gezogen wurden. Sie drehen sich um Fragen der materiellen Privilegien und wie sie begrenzt werden können; um Befristungen von Mandaten, um Beschränkung von Ämterhäufung, um Rotation in Ämtern und um besondere Regelungen zur Gleichstellung von Frauen oder von Minderheiten. Und sie diskutieren die Verzahnung von außerparlamentarischer Arbeit mit der Nutzung von parlamentarischen Bühnen. Unsere niederländischen GenossInnen der Sozialistischen Partei haben diesbezüglich viel geschrieben, ausprobiert und hätten uns viel zu sagen. Ebenso die GenossInnen in Skandinavien, in Britannien oder selbst den USA.

Es macht geradezu fassungslos, dass die LINKE in ihren jetzt beschlossenen kommunalpolitischen Leitlinien nicht einen einzigen Gedanken an diese Fülle von realen Erfahrungen verliert. Sie tut so, als ob sie als Partei und ihre Mitglieder immun wären gegen die teilweise mehr als kritikwürdigen Fehlentwicklungen der Arbeit in kommunalen Parlamenten. Die AKL hält dies für unverantwortlich. Nach unserer Ansicht wäre es besser gewesen, der Parteitag hätte die ‚Leitlinien zur Kommunalpolitik‘ ähnlich wie das ‚Bedingungslose Grundeinkommen‘ zur Diskussion gestellt und auf einen Beschluss darüber verzichtet.

Für eine kämpferische Kommunalpolitik

Eine andere Kommune ist möglich. Die Kommunalpolitischen Leitlinien der AKL (für den Bielefelder LINKE-Parteitag im Juni 2015)

Präambel

Vor Ort setzen sich Menschen für ihre unmittelbaren Interessen ein, für den Erhalt von sozialen, kulturellen und sportlichen Dienstleistungen seitens der Kommune. Für den Bau von bezahlbaren Wohnungen, gegen die Verdrängung ärmerer Schichten aus den Innenstädten. Auf lokaler Ebene wird auch um die Frage gerungen, ob Flüchtlinge menschenwürdig untergebracht oder in Massenunterkünften zusammengedrängt werden.

Vor Ort werden Verteilungskämpfe ausgefochten: Wer bezahlt die kommunale Infrastruktur mit Steuern, Gebühren, Abgaben, Elternbeiträgen und Eintrittspreisen?

Im kommunalen Rahmen wird auch um die Zukunft gerungen: Wie wollen wir zusammen leben, wessen Interessen bestimmen die sogenannte „Stadt - oder Gemeindeentwicklung“?

Auch die Auseinandersetzung mit „Rechtspo-



Kämpfe finden lokal statt

pulisten“ und Faschisten beginnt lokal. Oft docken diese ihre Hetze an konkrete Probleme in den Stadtteilen an, mit denen die Menschen dort konfrontiert sind. Der Kampf um die Köpfe gegen die Rechten ist auch ein kommunaler Kampf.

Auch die Gegenspieler sind bekannt: Kürzungen bei den Jugendzentren oder in der Seniorenbetreuung, Schließungen von Schwimmbädern oder die Erhöhung der Kita-Elternbeiträge werden nicht in Brüssel oder Berlin beschlossen, nicht von scheinbar anonymen Mächten, sondern von den kommunalen Abgeordneten der etablierten Parteien, die sich auch vor Ort überwiegend den Interessen der Wirtschaftsverbände und Immobiliengruppen unterordnen.

Die Kommunalpolitik ist und bleibt daher ein zentrales Politikfeld für alle Linken, die sich inmitten der Bevölkerung verankern, die eine neue Linke von unten aufbauen wollen.

Gleichzeitig erscheint die offizielle Kommunalpolitik vielen Menschen als nicht beeinflussbar. Die kommunale Selbstbestimmung und Demokratie sind durch die Umverteilungspolitik der letzten Jahrzehnte untergraben worden. Immer mehr Aufgaben wurden den Kommunen aufgebürdet, zusätzliche Finanzmittel haben sie nicht in entsprechendem Maße erhalten. Die Kommunen mussten bluten für Steuererleichterungen für die Besitzenden, die alle Koalitionen von Kohl über Schröder bis Merkel vorangetrieben haben.

Die Hartz-Gesetze sollten angeblich zu einer Entlastung der Kommunen führen, doch wie PDS und WASG schon 2004 warnten, führten sie zu einer zusätzlichen Belastung der Städte und Gemeinden.

In vielen Kommunen gestalten die Stadträte überhaupt nichts mehr, sondern exekutieren „Sachzwänge“ unter Druck von Bund und Ländern. In fast allen Bundesländern unterliegen viele Städte und Gemeinden dem „Nothaushalt“ und haben offiziell die Souveränität über ihre Haushalte verloren. Aber auch Kommunen ohne „Nothaushalt“ oder „Haushalts-sicherungskonzept“ betreiben im verzweifelten Versuch, nicht in diese Maßnahmen zu rutschen, eine Sachzwang-Politik, die auf ein Verschließen bzw. Kaputtkürzen der kommunalen Infrastruktur hinaus läuft.

Der Verzicht auf wirkliche Politik, das reine Herunterreichen von Verschlechterungen, die von höheren Ebenen auf die Kommunen herunter

regnen, hat dazu geführt, dass sich viele Bürger*innen von der Kommunalpolitik abgewandt haben. Die Wahlbeteiligung bei Kommunalwahlen bewegt sich bundesweit Richtung 50%, in manchen Bundesländern und ländlichen Regionen liegt sie bereits darunter. Auffällig ist vor allem, dass die Unterschiede zwischen den eher bürgerlich geprägten und den ärmeren Stadtteilen der Großstädte immer größer werden. Während in den Vororten mit hohem Einkommen sich rund 60 – 70% an Wahlen für die Kommunalparlamente beteiligen, gehen in vielen Landkreisen, proletarischen Vierteln mit hoher Erwerbslosigkeit und den Dörfern oft nur 20 – 30% der Wahlberechtigten zur Wahl.

Auch unserer Partei gelingt es oft nicht, Wählerinnen und Wähler, die bei der Bundestagswahl für uns stimmen, zur Stimmabgabe bei den Kommunalwahlen zu bewegen.

Diese Passivität beschränkt sich nicht auf die Wahlebene allein. In den letzten Jahren ist festzustellen, dass viele örtliche Kampagnen z.B. gegen Großprojekte oder ökologisch bedenkliche Eingriffe v.a. von akademisch gebildeten Schichten getragen werden, während es in ärmeren Stadtteilen und den ländlichen Regionen schwer ist, die Selbstorganisation für die eigenen Interessen zu befördern.

Viele Menschen mit geringen Einkommen haben sich aus der politischen Auseinandersetzung auf der kommunalen Ebene zurückgezogen. Nicht, weil sie zufrieden sind mit den Verhältnissen, sondern weil sie keine Ansätze sehen, per Wahlen oder Selbstaktivität etwas verändern zu können.

Hier muss die LINKE ansetzen und helfen, Themen zu besetzen und Strukturen zu entwickeln, um eine neue Einheit der Lohnabhängigen auf lokaler Ebene zu schaffen, um sowohl die Prekarisierten, die Verarmten als auch die besser entlohnten und gebildeten Schichten der arbeitenden Bevölkerung im Kampf um eine Verbesserung der elementaren Interessen zu vereinen.

Linke Kommunalpolitik darf sich dabei nicht auf die offizielle Politik in den Kommunalvertretungen und Gremien beschränken. Mehr noch: Diese sollte nicht im Mittelpunkt der linken Kommunalpolitik stehen und nicht den Rhythmus der örtlichen Arbeit vorgeben.

Linke Kommunalpolitik definiert die Kommune als Bezugsrahmen. Die-



Für die Einheit der Lohnabhängigen

ser umfasst alle lokalen Themen und Auseinandersetzungen, unabhängig davon, ob diese sich auch im Stadt- oder Gemeinderat wiederfinden.

Die Basis der linken Kommunalpolitik muss die Verankerung der Partei und die Verbreitung linker Ideen in den sozialen Bewegungen sein, das Befördern von Widerstand und Selbstorganisation.

Die Ebene der offiziellen Politik, der Vertretung in den Räten von Städten

und Gemeinden, ist keineswegs nebensächlich. Sie ist eine wichtige Ergänzung zur lokalen Basisarbeit. In vielen Fällen können wir gerade durch die Kombination aus Mobilisierung und Arbeit in den politischen Gremien Druck erzeugen und Veränderungen bewirken. In vielen Fällen werden die etablierten Parteien möglicherweise erst dann von geplanten Verschlechterungen ablassen, wenn ihnen neben dem Protest auf der Straße auch Verluste bei den Wahlen drohen.

Insofern ist die Arbeit in den Kommunalvertretungen und sind die kommunalen Wahlkämpfe wichtig, aber sie sind keineswegs der Dreh- und Angelpunkt der linken Aufbauarbeit vor Ort.

DIE LINKE hat – mittlerweile auch in den Westländern, aber vor allem in den fünf jüngsten Bundesländern – große politische Erfolge auf der kommunalen Ebene. Tausende Mitglieder und Unterstützer*innen der Partei sind in Gremien und kommunalen Parlamenten als gewählte Vertreter*innen oder als Beschäftigte rund um die Uhr engagiert. Das ist gut so und die Basis für nachhaltiges politisches Vertrauen in DIE LINKE. Aber wie jeder Erfolg hat auch dies eine Schattenseite, hat Faktoren her-

vorgebracht, die am politischen Selbstverständnis der LINKEN zehren und ihre Glaubwürdigkeit schmälern. Menschen erleben auch finanzielle und moralische Abhängigkeiten durch kommunale Ämter. Oft wird das Parteileben diesen Ämtern und Strukturen untergeordnet. Es mehren sich scheinbar unendliche Amtszeiten und Ämterhäufung. All das ist das Gegenteil von wirklicher kommunaler partizipativer und solidarischer Politik und steht im Gegensatz zum Selbstverständnis der LINKEN.

Alle demokratischen und linken Parteien überall auf der Welt haben diese Erfahrung der „Dialektik der partiellen Errungenschaften“ erlebt. Es gibt viele praktische und politische Ideen und Vorschläge, wie diese Tendenzen zur Erstarrung im Erreichten und zur bürokratischen Verteidigung partieller Privilegien bekämpft und abgebremst werden können. In vielen anderen linken Parteien wurden oder werden sie auch in der Praxis angewendet: Befristung aller Ämter, Verbot von Ämterhäufung, Ausbau von Genderdemokratie und von Rechten für politische Minderheitsströmungen. Rotation in Leitungsämtern und generell flache bis gar keine Hierarchien, auch gegenüber hauptamtlich Beschäftigten bei Partei oder Fraktionen. Niemand darf sich an der politischen Arbeit bereichern oder persönliche Privilegien aufbauen.

Die Mechanismen müssen auch durch Regelungen in Satzungen und Geschäftsordnungen angestoßen und abgesichert werden. Die wichtigste Sache ist und bleibt aber die politische Einbettung der Arbeit in Gremien und Parlamenten und die im positiven Sinne verstandene, demokratische „Kontrolle“ der Partei.

Wird all dies berücksichtigt, dann kann aus der kommunalen Arbeit eine politisch die Zukunft bereitende „kommunistische“ oder sozialistische Arbeit der Partei werden. Das also, was in den deutschen Kommunen so bitter fehlt.

Sparpolitik stoppen – Sachzwänge nicht akzeptieren

Es muss „gespart“ werden. Das hören wir in unseren Kommunen genauso wie die Menschen in Athen oder Madrid. „Gespart“ wird bei der öffentlichen Infrastruktur. Energie, Verkehr, Sport und Freizeit werden teurer. Schulen und Kitas werden nicht ausreichend ausgebaut. Die Situation

auf dem Wohnungsmarkt wird in vielen Städten zunehmend unerträglich. Bundesweit fehlen über 400.000 bis 500.000 bezahlbare Wohnungen. In Südeuropa werden ganze Länder kaputt gekürzt, in Deutschland die Kommunen. Wir wollen ein Ende dieser „Sparpolitik“, wir wollen öffentliche Investitionen z.B. in den Wohnungsbau, die Bildung und den öffentlichen Nahverkehr.

Auch viele Bürgermeister*innen aus etablierten Parteien weisen zu Recht darauf hin, dass ihre Gemeinden strukturell unterfinanziert sind und aus eigener Kraft nicht aus Schuldenfalle und Kürzungsspirale herauskommen. Ihr Protest ist allerdings hilflos und zudem unglaubwürdig, denn sie machen vor Ort keine andere Politik, sondern geben die Kürzungen ungebremst nach unten weiter, exekutieren die Sachzwänge, die ihre Parteien auf höheren Ebenen erst geschaffen haben.

Gleichzeitig verschärfen die etablierten Parteien die Krise der Kommunen, indem sie auch dort, wo sie eigene Entscheidungsspielräume haben, die neoliberale Politik fortsetzen. Durch Privatisierung und ÖPP-Projekte (Öffentliche-private Partnerschaft) wird öffentliches Eigentum ausverkauft, um private Profite zu ermöglichen.

Viele große Bauprojekte führen nicht zur nachhaltigen Schaffung von Arbeitsplätzen und zur Verbesserung der Lebensverhältnisse, sondern lediglich zu Gewinnen bei den Bauträgern und den Baufinanzierern oder sind reine Prestige- und Vorzeigeprojekte des jeweiligen kommunalen Establishments.

Wir wollen unsere Landkreise, Städte und Gemeinden nicht den Reichen und Wohlhabenden überlassen – die LINKE kämpft für ein Recht auf Stadt und Dorf für alle Menschen, die in ihnen leben.

Eine linke Kommunalpolitik geht von den Bedürfnissen der Menschen aus, nicht von den durch die bürgerliche Politik erzeugten Sachzwängen der leeren Kassen.

Die LINKE. reduziert ihre Vorschläge für die Umgestaltung der Kommunen nicht auf das aktuell haushälterisch „Machbare“, beschränkt sich nicht auf die Rettung der scheinbar „wichtigsten“ sozialen Errungenschaften und gibt die „weniger Wichtigen“ preis.

DIE LINKE. setzt sich zusammen mit den Betroffenen gegen jede Kürzung ein, gegen die steigende Belastung der Lohnabhängigen und Er-

werbslosen durch Gebühren, Abgaben und Eintrittspreise. DIE LINKE. kämpft für eine massive Ausweitung der öffentlichen Investitionen und der öffentlichen Dienstleistungen.

Unsere Essentials linker Kommunalpolitik

DIE LINKE. steht für den Erhalt der vorhandenen sozialen, kulturellen, Verkehrs- und sportlichen Infrastruktur. Schließungen von Schwimmbädern, Jugendzentren, Senioren-Einrichtungen, Frauenhäusern und weiteren Projekten für Frauen und Mädchen, Krankenhäusern, Kindertagesstätten usw. lehnen wir ab. Dies gilt natürlich für die wachsenden Großstädte, aber auch für demografisch schrumpfende Regionen z.B. in den jungen Bundesländern, in denen der Teufelskreis aus schrumpfender Bevölkerung und Verschlechterung der Infrastruktur durchbrochen werden muss. DIE LINKE kämpft dagegen, dass Aufgaben der öffentlichen Daseinsvorsorge zunehmend in Familien verlagert werden und damit oftmals die Belastung von Frauen in der privaten Pflege und Kindererziehung erheblich erhöhen.

Wir wenden uns gegen die Privatisierung öffentlicher Betriebe sowie das Outsourcing von Dienstleistungen, sind gegen die Verkäufe von kommunalen Grundstücken und Waldflächen und setzen uns für die Re-Kommunalisierung bereits privatisierter Einrichtungen und Betriebe ein. Die Strukturen öffentlicher Unternehmen sind zu demokratisieren, privatrechtlich organisierte kommunale Unternehmen in die Struktur der öffentlichen Verwaltung zurückzuführen.

Wir fordern kommunale Investitionsprogramme zur Verbesserung von Standards bei Kinderbetreuung, Bildung, Gesundheit, Kultur, Verkehr und Soziales. Der Personalabbau bei den Städten und Gemeinden muss gestoppt, neues Personal eingestellt werden, auch um die Fremdvergabe von eigentlich öffentlichen Tätigkeiten zu reduzieren und neue Kompetenzen in der kommunalen Verwaltung und den öffentlichen Betrieben aufzubauen. Eine Arbeitszeitverkürzung in großen Schritten bei vollem Lohn- und Personalausgleich ist unsere Antwort auf Arbeitsverdichtung und Leistungsreduzierung. Unser Ziel ist die 30-Stunden-Woche.

In vielen Städten fehlen bezahlbare, bedarfsgerechte und barrierefreie Wohnungen in großem Maßstab. Nötig sind daher örtliche Programme zum Bau von günstigen, kommunalen Wohnungen ohne jede Befristung der garantierten Mieten. Der Wohnungsbau muss sich an bestehenden und zukünftigen Bedürfnissen eines inklusiven Zusammenlebens orientieren. Weiterhin sind in vielen Städten Maßnahmen zur Einschränkung von Luxussanierung, Umwandlung von Wohnraum in Hotels und Gewerbeflächen usw. durch großflächige Milieuschutzsatzungen nötig.

Öffentliche Flächen sind knapp und müssen von den Kommunen nachhaltig vorgehalten und nicht aus kurzfristigem Gewinninteresse an den Meistbietenden veräußert werden. Soziale Kriterien bei der Flächennutzung müssen zum Standard werden. Einen Verkauf städtischer Flächen an private Investoren lehnt die LINKE ab, wenn gleichzeitig Flächen für den kommunalen Wohnungsbau gebraucht werden.

Bund, Länder und Gemeinden haben in den letzten Jahren versagt, eine ausreichende Anzahl von Wohnungen für die steigende Zahl an Flüchtlingen aus Kriegs- und Krisengebieten bereit zu stellen. Jetzt werden hektisch Sammelunterkünfte hochgezogen, die z.T. menschenunwürdig sind und auch das Konfliktpotenzial vergrößern. Diese Situation nutzen

rassistische Gruppen aus, um Stimmung gegen die Flüchtlinge zu machen und die Menschen in den Stadtteilen und Gemeinden entlang nationaler und religiöser Linien gegeneinander aufzuhetzen. Wir wenden uns gegen diese Spaltung. DIE LINKE lehnt die Unterbringung von Flüchtlingen in Heimen, Turnhallen, Hotels und Notunterkünften ab und fordert die Bereitstellung von bezahlbaren und guten Wohnungen



Gegen eine Stadtentwicklung nur für Reiche

für alle Flüchtlinge. Wir setzen uns dafür ein, dass für alle Flüchtlingskinder der Besuch von Kitas und Schulen garantiert werden kann.

Wir wenden uns gegen die steigende Belastung der lohnabhängigen und erwerbslosen Bevölkerung durch kommunale Steuern, Gebühren, Abgaben und Eintrittspreise und treten dafür ein, dass diese nicht stärker ansteigen dürfen als die durchschnittlichen Einkommen von Arbeitnehmer/innen, Rentner/innen, Studierenden und Erwerbslosen.

Bundesweit werden jährlich mehr als 300.000 Menschen mit einer Stromsperre belegt. Wir treten dafür ein, dass niemand im Dunkeln sitzen muss. Energie ist heute ein Grundbedürfnis. Wir wenden uns gegen weitere Erhöhungen bei den Energiekosten und fordern einen kostenlosen Sockelbetrag. Wir fordern den Verzicht auf Stromsperren durch die Energieversorger, allen voran durch die kommunalen Versorgungsbetriebe.

Wir fordern die Ersetzung von 1-Euro-Jobs und anderen Zwangsmaßnahmen bzw. öffentlich organisierten Armuts-Arbeit durch volle, tarifliche bezahlte und arbeitsrechtlich abgesicherte Arbeitsplätze. Diese Jobs sind durch sozialversicherungspflichtige, nach Tarif entlohnte Stellen zu ersetzen, die ausnahmslos aufstockende Hartz IV-Leistungen überflüssig machen. Die menschenverachtende Sanktionspraxis der Jobcenter muss in Form von Sanktionsmoratorien auf kommunaler Ebene ausgesetzt werden. Alle Kosten der Unterkunft müssen gezahlt werden, Zwangsumzüge lehnen wir ab.

Mit den Niedriglöhnen bei den Kommunen und im Umfeld städtischer Betriebe muss Schluss sein. Wir setzen uns dafür, dass der zu niedrige bundesweit gültige Mindestlohn von 8,50 Euro auf kommunaler Ebene erhöht wird und niemand bei den Städten und Gemeinden sowie den kommunalen Beteiligungsbetrieben weniger verdient als 10 Euro pro Stunde. Auftragsvergaben dürfen nur an externe Firmen erfolgen, welche einen Mindestlohn von 10 Euro pro Stunde zahlen. Dies ist ein erster Schritt in Richtung eines Mindestlohns von 12 Euro.

Immer mehr Eltern wollen ein Ende der Konkurrenz zwischen den Schularten und möchten einen Gesamtschulplatz für ihr Kind. DIE LINKE. fordert die Einrichtung neuer Gesamtschulen und die Zurückdrängung des ausgrenzenden dreigliedrigen Schulsystems, um das gemeinsame Ler-

nen für alle Kinder zu befördern. Die Teilhabe an Bildung und gemeinsames Lernen für Alle ist das Ziel linker Bildungspolitik. Aber Inklusion ist nicht kostenlos zu haben. Sie muss unter Einbeziehung der beteiligten Lehrkräfte und ausreichendem Einsatz von geschulten Fachpersonal in einem geeigneten Lernumfeld stattfinden.

Die Garantie auf einen Betreuungsplatz für jedes Kind steht auf dem Papier. In der Realität fehlen jedoch Plätze und in vielen Kitas fehlt Personal für eine gute Betreuung der Kinder. Wir lehnen die von einigen Landesregierungen betriebene Absenkung der Qualitätsstandards in den Kitas ab und fordern stattdessen mehr Personal für die Kinderbetreuung. Die hohen Elternbeiträge sind eine Belastung für viele Familien und sind zu senken bzw. ganz abzuschaffen. Bildung und Kinderbetreuung sind öffentliche Aufgaben, die durch Steuergelder zu finanzieren sind. Ziel der LINKEN ist ein kostenfreier Betreuungsplatz für jedes Kind, ein bedarfsdeckendes Ganztagsangebot und ein Betreuungsschlüssel – wie sogar von der Bertelsmann Stiftung vorgeschlagen – von einer Erzieher*in für höchstens drei Kinder bei den unter Dreijährigen. Ab drei Jahren sollte der Personalschlüssel nicht schlechter als 1:7,5 sein. Um diese Personalschlüssel bundesweit anzupassen, sind 120.000 zusätzliche Erzieher*innen erforderlich. DIE LINKE unterstützt die Forderungen der Gewerkschaft ver.di für eine Aufwertung der Löhne der Beschäftigten im Sozial- und Erziehungsdienst.

Wir treten für eine ortsnahe medizinische Versorgung der Bevölkerung ein. Krankenhäuser gehören in kommunale und nicht in private Hände. Wir lehnen Outsourcing und jede Form der Privatisierung ab und stehen für die Re-Kommunalisierung von Krankenhäusern. DIE LINKE unterstützt die Forderungen von ver.di an der Charité und in anderen Krankenhäusern nach tariflichen und gesetzlichen Regelungen für mehr Personal im Krankenhaus und bedarfsgerechte Quoten von Patient zu Pflegekraft. Bundesweit fehlen laut ver.di 162.000 Stellen in den Krankenhäusern, davon allein 70.000 in der Pflege.

DIE LINKE streitet für den Ausbau des öffentlichen Personennahverkehrs unter öffentlicher demokratischer Kontrolle und Einbeziehung der Beschäftigten, Nutzer*innen und Umweltverbänden. Der ÖPNV muss für alle bezahlbar und barrierefrei zugänglich sein. DIE LINKE kämpft

für eine Senkung der Fahrpreise mit dem Ziel eines Null-Tarifs im ÖPNV zur Senkung des motorisierten Individualverkehrs und der Verkehrsunfälle und als Beitrag zur Entwicklung einer ökologischen Stadt.

Wir setzen uns gegen eine Umgestaltung der Kommunen für die Interessen der Wohlhabenden und Reichen ein. Mit dem Slogan der „Stadtentwicklung“ werden heute v.a. die Zentren der Großstädte nach kommerziellen Interessen ausgerichtet. Mieter*innen mit mittleren und geringen Einkommen werden verdrängt, nicht-kommerzielle Kultur- und Freizeitangebote verringert, Naherholung und Luftschneisen zugebaut, Bus- oder Straßenbahnlinien in ländlichen Regionen gestrichen, Plätze durch geschäftliche Interessen der Öffentlichkeit entzogen. DIE LINKE tritt für eine wirkliche Stadtentwicklung im Interesse der Bevölkerung ein, für das „Recht auf Stadt“ für alle sowie das Recht auf öffentliche Plätze und deren Nutzung ohne faktischen Konsumzwang. Stadt, Stadtteil- und Dorfentwicklung muss partizipativ, geschlechtergerecht und barrierefrei erfolgen.

DIE LINKE tritt für eine Ausweitung der kommunalen Demokratie ein: Für eine Senkung des aktiven und passiven Wahl- und Abstimmungsalters auf 16 Jahre sowie für das kommunale aktive und passive Wahlrecht für in der Bundesrepublik lebende Drittstaatsangehörige.

Auch bei Bürgerbegehren und Bürgerentscheiden muss die Teilnahme von Migrantinnen und Migranten aus Nicht-EU-Staaten ermöglicht wer-



Mehr Personal in Krankenhäusern - besser für alle

den. Die Quoren zur Zulassung von Bürgerbegehren sind deutlich zu senken, Kostendeckungsvorschläge müssen als Anforderung an die Initiatoren entfallen, auf Ausschlusskataloge für direkte Demokratie soll verzichtet werden.

DIE LINKE steht dafür, dass politische Diskussions- und Entscheidungsprozesse grundsätzlich für die Teilnahme der Bevölkerung geöffnet werden. Beteiligungsverfahren müssen mittels gezielter persönlicher Ansprache vor Ort in Stadtteilbüros, Einwohnerversammlungen, in Vereinen usw. die unterschiedlichen Schichten der Kommune einbeziehen, barrierefrei und geschlechtergerecht sein. Das Petitionsrecht ist auf kommunaler Ebene zu stärken. Die LINKE tritt für das Rederecht von Einwohnerinnen und Einwohner in den Sitzungen der kommunalen Vertretungen und Ausschusssitzungen ein. Stadt-, Gemeinde- und Orts-
teilvertretungen sowie Beiräte müssen mit eigenen finanziellen Mittel ausgestattet werden.

Für eine finanzielle Besserstellung der Kommunen

Bund und das Land schieben immer mehr Aufgaben und die damit verbundenen Kosten auf die Kommunen ab. Gleichzeitig haben alle Regierungen von Kohl über Schröder bis Merkel die Steuern für die Reichen und die Konzerne gesenkt. Der Bund hat sich zudem aus der Finanzierung gesamtstaatlicher Aufgaben zurückgezogen. Der steigende Reichtum der Besitzenden und die Pleite der Kommunen sind zwei Seiten einer Medaille.

Die Kommunen können „sparen“ und kürzen, bis es knirscht, bis auch die letzten Jugendeinrichtungen und Bürgerhäuser aufgeben, bis in jeder Schule der Putz von der Decke rieselt – das wird in vielen Fällen nicht zur Stabilisierung des Haushaltes führen.

Die strukturelle Unterfinanzierung der Städte und Gemeinden führt dazu, dass diese nicht mehr aus eigener Kraft aus der Finanzklemme kommen. Geringfügige aktuelle Finanzierungsüberschüsse der kommunalen Ebene in Deutschland sind kein Grund zur Entwarnung. Die jahrzehntelangen aufgehäuften Defizite und die damit verbundene hohe Verschuldung werden dadurch nicht kompensiert. Vorübergehende positive Finanz-

entwicklungen sind zudem durch einen erheblichen Investitionsverzicht der Kommunen zulasten der Infrastruktur teuer erkauft. Die Schere zwischen armen und reichen Kommunen klafft weit auseinander.

140 Mrd. Euro kommunaler Schuldenbestand und über 50 Mrd. Euro kommunale Kassenkredite sind Beleg dafür, dass die strukturellen Ursachen der kommunalen Finanzkrise noch nicht beseitigt sind. Wir wollen deshalb eine umfassende Gemeindefinanzreform, die den Kommunen eine bessere und bedarfsgerechte Finanzausstattung garantiert. Ohne diese bleibt die kommunale Selbstverwaltung ein Instrument der Durchsetzung von sogenanntem alternativlosem Sozial- und Kulturabbau.

So sollte der Bund die gesamten Kosten der Unterkunft und der Eingliederungshilfe übernehmen. Die Gewerbesteuer muss zu einer Gemeindefinanzreform weiterentwickelt werden. Hierzu sollen ertragsunabhängige Elemente wie Mieten, Pachten, Leasingraten und Lizenzgebühren in voller Höhe in die Bemessungsbasis der Gewerbesteuer einbezogen sowie alle Schuldzinsen hinzugerechnet werden.

Die Gewerbesteuerumlage an den Bund ist umgehend, der Anteil an die Länder sukzessive abzuschaffen. Aus Bundesmitteln soll eine kommunale Investitionspauschale eingerichtet werden, die insbesondere bedarfsorientiert finanzschwachen Kommunen die Möglichkeit eröffnet, die „Verwaltung des Mangels“ zu beenden und wirtschafts- und beschäftigungspolitische Impulse zu setzen und folglich den bestehenden Investitionsstau gezielt abzubauen.

Ein konsequenter Steuervollzug in allen Ländern ist ebenso notwendig wie eine grundlegende sozial gerechte Steuerreform sowie eine einmalige Vermögensabgabe.

Der kommunale Anteil am Gesamtsteueraufkommen muss sich erhöhen. Alle Länder und Kommunen sind von Zinszahlungen zu entlasten; dies gewährleistet ein neu zu errichtender Altschuldenfonds. Zur Not müssen Kommunen ihre Kredittilgung an die Banken aussetzen oder einen Zinsstopp verhängen.

Allein das Umschichten der bisherigen Haushaltsmittel wird jedoch nicht reichen. Um die Kommunen in die Lage zu versetzen, ihre Dienstleistungen auszubauen und die benötigte Versorgung mit günstigen Wohnungen, Kinderbetreuung, Gesundheitsdienstleistungen und öffentlichem

Nahverkehr sicherzustellen, ist eine Umverteilung von oben nach unten nötig. Zur Bereitstellung der notwendigen Investitionsmittel für die Kommunen fordern wir die steuerliche Belastung der Reichen durch eine Millionärssteuer von 5% auf alle Vermögen über eine Million Euro und eine stärkere progressive Besteuerung insgesamt. Notwendig ist auch die Abschaffung der „Schuldenbremse“, denn deren gesetzlich festgelegte neoliberale Mechanismen üben einen verstärkten Druck auf die Bundesländer aus, Einsparungen nach unten, an die Städte und Gemeinden weiterzureichen.

Wir warten nicht ab: Kämpfe anstoßen – Selbstorganisation fördern

Ohne eine bedarfsgerechte Ausstattung der Kommunen durch Bund und Länder wird es keine Erholung der kommunalen Finanzen geben. Das heißt allerdings nicht, dass linke Kommunalpolitik darauf warten muss. Die etablierten Parteien argumentieren, es gäbe keine Alternativen zur kommunalen Austeritätspolitik, solange eine bessere finanzielle Ausstattung nicht erreicht sei. Das ist falsch und es wäre fatal, wenn DIE LINKE diese Argumentation übernehmen würde.

Es gibt in vielen Kommunen durchaus den Spielraum, mit einer anderen Kommunalpolitik zumindest anzufangen. Privatisierungen und ÖPP können zurück genommen werden, Prestigeprojekte gestoppt oder rückabgewickelt werden. Die Kosten für die Repräsentation der Bürgermeister und die hohen Bezüge der Geschäftsführer in privatrechtlich ausgegliederten kommunalen GmbH können offen gelegt und gesenkt werden. In vielen Fällen ist eine deutliche Erhöhung der Gewerbesteuer, im Idealfall gemeinsam mit den Nachbargemeinden, sinnvoll.

Der Kampf für eine andere Kommunalpolitik kann und muss vor Ort begonnen werden. Würde DIE LINKE ähnlich wie die Kommunalpolitiker der etablierten Parteien über die fehlenden Finanzmittel klagen, aber die Kürzungen lediglich weiterreichen, würde sie unglaubwürdig.

Linke Kommunalpolitiker/innen müssen es ablehnen, die geschaffenen Sachzwänge zu akzeptieren und ihr Handeln auf die von den etablierten bürgerlichen Parteien eng gesteckten Grenzen zu beschränken.

Glaubwürdigkeit im Kampf gegen das Kaputtsparen lässt sich nur erreichen, wenn DIE LINKE keine „milden“ oder „gerechten“ Kürzungen mitträgt, sondern ihre Vorstellung von einer alternativen Kommunalpolitik in der Praxis beweist.

Gerade die von Politik entfremdeten Menschen mit geringem Einkommen, die den Wahlen für die Kommunalvertretungen fernbleiben, lassen sich nur erreichen, wenn sie merken, dass DIE LINKE nicht eine weitere Verwalterin der Alternativlosigkeit ist, sondern neue Lösungen vorschlägt und dafür gemeinsam mit den Menschen vor Ort streitet.

Die Umsetzung dieser Maßnahmen führen zu einem Konflikt mit den bürgerlichen Parteien und ist ohne Mobilisierung nicht durchsetzbar. Allein die Verteidigung des Bestehenden erfordert einen entschlossenen Kampf. Unsere linken Kommunalvertreter*innen können eine wichtige Rolle spielen, solche Kämpfe anzustoßen und bekannt zu machen. Die Förderung der Selbstaktivität von Betroffenen ist wichtig, um Erreichtes auch in Zukunft zu verteidigen und durchsetzungsstärker zu werden.

Gelingt es in einer Stadt durch Druck von unten Tausende von neuen Stellen zu schaffen, den Bau kommunaler bezahlbarer Wohnungen durchzusetzen, die Fahrpreise im Nahverkehr zu senken statt zu erhöhen, Kitas und Schulen zu bauen statt abzureißen, Privatisierungen zurückzunehmen, würde dies ein starkes Signal über die Grenze der eigenen Stadt senden. Unsere Koalitionspartner sind Menschen, die sich gegen Verdrängung zur Wehr setzen, Mieterinitiativen die für kommunalen Wohnungsbau eintreten, Pflegekräfte und Erzieher*innen, die mehr Personal erkämpfen wollen, Aktive gegen Prestigebauten und überteuerte Flughäfen und viele mehr, die eine andere lebenswerte Stadt wollen. Wenn die Selbstaktivität in solchen Kämpfen erhöht wird und die LINKE antikapitalistisches Bewusstsein befördert, verbessert das unsere Ausgangslage für den Widerstand zur grundlegenden Umwälzung der kapitalistischen Macht- und Eigentumsverhältnisse.

Rede von Claus Ludwig auf dem Bielefelder LINKE-Bundesparteitag zur Kommunalpolitik

Liebe Genossinnen und Genossen, die Kommunen sind ein zentrales Feld für linke Politik. Dort haben wir die Chance, unsere Partei zu verankern und zudem Selbstaktivität und Selbstorganisation von der Basis her zu befördern. Auf diesem Feld können wir allerdings auch Fehler machen, die uns Unterstützung kosten würden: Wenn wir in der Praxis vor Ort keine andere Politik machen als die etablierten Parteien, dann wird auch unsere oppositionelle Haltung auf Bundesebene beschädigt.

Würde die LINKE lokale Sozialkürzungen schön reden und die sogenannten „Sachzwänge“ beschwören, kann dies nicht durch knackige Plakate für die Bundestagswahl repariert werden.

Die Wichtigkeit der Kommunalpolitik wird oft betont, aber oftmals wird wenig inhaltlich diskutiert. Die Antikapitalistische Linke begrüßt daher die heutige Möglichkeit zur (gewiss kontroversen Debatte) und hat einen Ersetzungsantrag formuliert, um einen Beitrag zu dieser Diskussion zu leisten.

Der Antrag G1, den die Bundesarbeitsgemeinschaft Kommunalpolitik eingebracht hat, basiert auf einem sehr eingeschränkten Verständnis von linker Kommunalpolitik. Kommunalpolitik wird darin, das zieht sich durch den gesamten Text, definiert als Politik in den kommunalen Gremien und Institutionen wie Stadt- oder Gemeinderäten. Die Worte „Widerstand“ oder „Mobilisierung“ tauchen darin nicht einmal auf. In den zehn Jahren, in denen ich Ratsmitglied der Stadt Köln war, habe ich gelernt, dass die zentralen kommunalpolitischen Auseinandersetzungen nicht im Ratssaal und den Fraktionsbüros stattfinden, sondern in den Stadtteilen. Unsere wichtigste und vornehmste Aufgabe ist es, die lokalen Themen aufzugreifen, bei denen sich Menschen bewegen, Widerstand leisten, sich organisieren, unabhängig davon, ob diese sich auch im Stadt- oder

Gemeinderat widerspiegeln. Wenn Mieterinnen und Mieter Gerichtsvollzieher blockieren, um Zwangsräumungen zu verhindern, dann ist das Kommunalpolitik und die Mitglieder unserer Partei müssen aktiv dabei sein. Wenn die Erzieherinnen und Erzieher streiken, um Druck auf die Städte und Gemeinden auszuüben, endlich ihre Tätigkeit aufzuwerten, dann ist das Kommunalpolitik und wir müssen bei den Streikposten stehen. Wenn Nazis und Rassisten marschieren, ist der Platz linker Kommunalpolitiker auf der Straße, in der Blockade.

Wir sollten diese Fragen natürlich auch in die kommunalen Gremien hineinbringen, Anfragen und Anträge in Stadträten stellen, die publizistischen Möglichkeiten unserer kommunalen Vertreter*innen nutzen usw. Wo wir Mehrheiten in Gemeinderäten haben oder Bürgermeisterinnen und Bürgermeister stellen, sollten wir die Forderungen zum Beispiel von Mieter*innen und Erzieher*innen umsetzen und somit zeigen, dass es einen Unterschied macht, ob die LINKE oder die etablierten bürgerlichen Parteien vor Ort die Mehrheit haben.



Aktiv gegen Schwimmbadschließung in Köln-Nippes

Im Antrag der BAG Kommunalpolitik finden sich viele richtige Punkte zur notwendigen Reform der Gemeindefinanzierung. Wir haben diese Forderungen im Großen und Ganzen in unseren Ersetzungsantrag übernommen. Spannend wird es allerdings bei der Frage, wie die LINKE vor Ort agiert, wenn es eben nicht zu dieser finanziellen Besserstellung der Kommunen kommt (gegen die sich die Etablierten nach wie vor wehren); Der vorliegende Antrag bietet dazu Antworten, die wir für hoch problematisch halten. Unter Punkt 4 (Zeile 642) sprechen sich die Antragsteller für sogenannte „kommunale Strukturreformen“ aus. Sie benennen zwar Kriterien für diese, aber blenden die Realität dabei aus: Diese sogenannten „Strukturreformen“ führen immer zu Personalabbau. Die LINKE ist jedoch die Partei, die gegen den Abbau von Arbeitsplätzen im öffentlichen Dienst eintritt und im Gegenteil den Ausbau öffentlicher Dienstleistungen fordert.

Auch an weiteren Stellen des Antrages bleibt die BAG Kommunalpolitik die

Erklärung schuldig, worin sich linke von prokapitalistischer Kommunalpolitik unterscheidet:

In Zeile 210 heißt es: „Zur Sicherung der Gleichwertigkeit der Lebensbedingungen muss sich die kommunale Daseinsvorsorge an den Bedürfnissen der am meisten Benachteiligten orientieren.“

In Zeile 578f: Die LINKE sei gegen „ungerechtfertigten Sozial- Kultur-



DIE LINKE auf der Strasse gegen Miethaie in Köln

oder Leistungsabbau“. In Zeile 544ff wird davon gesprochen, es gelte „vertretbare Prioritäten zu setzen“. Darüber solle die LINKE mit der Bevölkerung einen „ehrlichen Dialog führen“. Kurz: Hier steht nichts davon, auf keinen Fall Kürzungen zuzustimmen. Hier steht nichts davon, einen Kampf darum zu führen, die sogenannten „Sachzwänge“ zu überwinden.

Im Klartext ist dies eine Handlungsanleitung dafür, den Abbau öffentlicher Dienstleistungen in „schlimm“ und „weniger schlimm“ zu unterteilen; sich dafür zu entscheiden, die „weniger schlimmen“ Kürzungen durchzuziehen – bzw. zu unterstützen und dies den Betroffenen „ehrlich“ zu verklickern. Und genau das machen die bürgerlichen Parteien auch. Die SPD-Oberbürgermeister in meinem Bundesland Nordrhein-Westfalen stellen sich hin und sagen: „Wir wollen ja nicht kürzen. Aber ohne eine Änderung der Gemeindefinanzierung können wir nicht anders.“ Und ihr schlägt vor, dass die LINKE genauso argumentiert!?

Genossinnen und Genossen, das kann nicht euer Ernst sein. Wenn es allerdings euer Ernst sein sollte, liebe BAG Kommunalpolitik, so ist es nicht verwunderlich, dass in eurem nicht gerade kurzen Text kaum konkrete Forderungen für die kommunale Ebene auftauchen, denn die wären in eurer Logik sowieso nicht durchsetzbar. Im Ersetzungsantrag der AKL haben wir hingegen einige Essentials linker kommunaler Programmatik aufgeführt. Wegen der begrenzten Redezeit kann ich auf diese nicht eingehen, ihr findet sie in unserem Antrag. Diese linken Essentials werden auf den entschiedenen Widerstand der prokapitalistischen Parteien stoßen.

Glaubwürdigkeit im Kampf gegen das Kaputtsparen lässt sich nur erreichen, wenn DIE LINKE keine „milden“ oder „gerechten“ Kürzungen mitträgt, sondern ihre Vorstellung von einer alternativen Kommunalpolitik in der Praxis beweist.

Genossinnen und Genossen, ein Grundsatzbeschluss zur Kommunalpolitik wie der vorliegende Antrag G1 ohne eine kommunale Programmatik, ohne Ideen, was die LINKE durchsetzen will, hat einen sehr begrenzten Nutzwert. Dazu kommt die in G1 vertretene Akzeptanz des von den etablierten Kräften gesetzten Handlungsrahmens, die für eine linke Partei geradezu gefährlich ist.

Der Ersetzungsantrag der BAG Antikapitalistische Linke beinhaltet hingegen Essentials linker kommunaler Programmatik, die nicht den gemachten „Sachzwängen“ geopfert werden dürfen. Zudem müssen wir den Menschen die Wahrheit sagen: Eine grundlegend bessere Ausstattung der Kommunen wird es nicht dank besserer Erkenntnis der bürgerlichen Parteien geben. Die finanzielle Lage der Städte und Gemeinden ist Teil des Austeritätsregimes, welches ganz Europa bedrückt. Um dieses Regime abzuschütteln, ist eine Mobilisierung gegen die Konzerne und Banken nötig. Der Kampf für eine wirklich demokratische Kommune ist daher Teil des breiteren Kampfes für eine Überwindung des Kapitalismus.

Kontakt zur AKL:

Website:

www.antikapitalistische-linke.de

E-Mail:

info@antikapitalistische-linke.de

Telefon:

030 / 22 77 43 40

Für die AKL Spenden:

DIE LINKE. Parteivorstand

Konto-Nr. 132 257 31

BLZ 100 500 00

Berliner Sparkasse

Kennwort „Antikapitalistische Linke“

Die Antikapitalistische Linke (AKL) ist eine politische Strömung in der Partei Die Linke. Sie besteht aus bewegungsorientierten Mitgliedern der Partei DIE LINKE, aber auch aus Parteilosen. Sie sieht sich als Brückenglied zwischen der Partei DIE LINKE und den außerparlamentarischen Bewegungen. Die AKL setzt sich für die weitere Stärkung des antikapitalistischen Profils der Partei DIE LINKE ein.